



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 18. Oktober 1885.

Nr. 486.

## Deutschland.

Berlin, 17. Oktober. Es liegt zwar noch kein fester Beschluss für den Termin der Reichstags-Eröffnung vor, doch wird in heftigsten Kreisen ziemlich allgemein angenommen, dass derselbe auf den 20. November (also ganz wie im vorigen Jahre) fallen werde. Der 20. November ist ein Freitag, der Reichstag hätte dann die beiden letzten Tage der Woche für die Erledigung der ersten geschäftlichen Formalitäten und könnte am ersten Tage der folgenden Woche sofort mit den eigentlichen Arbeiten beginnen. Dass ihm der Etat — obwohl jetzt noch mancher Theil desselben im Rückstande sein soll — gleich bei seinem Zusammentritt übergeben wird, nimmt man allgemein an. Herr von Scholz könnte also seine finanzielle Auseinandersetzung am Montag oder Dienstag geben und die eigentliche Etats-Debatte am Schluss der Woche folgen. Dagegen wird der Bundesrath (bzw. die vorbereitenden Reichsämter) seine Arbeiten beschleunigen müssen, wenn dem Reichstag gleich bei der Session Stoff genug zu gehen soll, um jede, sich später unangenehm fühlende machende Pause vermeiden zu können. Bis jetzt liegt fertiges Gesetzgebungs-Material noch gar nicht vor, die Bundesraths-Sitzungen werden mit kleinen Gegenständen und Verwaltungs-Angelegenheiten angefüllt. Zu erwarten sind bekanntlich das Postparaffengesetz, die weitere Ausdehnung der Unfall-Versicherung (beide in umgearbeiteter Form), ein Justizgesetz, über dessen Inhalt die Ansichten noch sehr auseinandergehen, endlich das Militär-Pensions- und Militär-Militärgesetz.

Die „Kreuz-Zeitung“ meint zwar, das erstere dürfte als fast ausförmlich kaum wieder eingebracht werden, nur das Militärgesetz solle in neu bearbeiteter Fassung wieder erscheinen. Beisammen ist hierüber an maßgebender Stelle auch noch nichts, doch höre ich die erstere Behauptung des genannten Blattes von sonst gut unterrichteter Seite stark bezweifeln und im Gegentheil versichern, es spreche Vieles dafür, dass man auch das Militär-Pensionsgesetz wieder vorlegen und durch Abgabe einer bindenden Erklärung über die Kom-munal-Befreiung der Offiziere und Militär-Beamten hinsichtlich ihres Privat-Vermögens — es ist das bekanntlich der fast vom ganzen Reichstag bis tief in die deutschkonservativen Reihen hinein befürwortete Vermittlungs-Vorschlag — dem Hause annehmbar machen werde. Man wolle nur nicht, dass die betreffende Bestimmung in dem Pensionsgesetz selbst, wohin sie ja auch in der That nicht organisch gehört, ihren Platz finde. Es wäre eine endliche Lösung dieser alten Streit-

frage auf diesem Wege, vorausgesetzt natürlich, dass die Erklärung der verbündeten Regierungen wirklich verbindlichen Charakter hat, im Interesse sowohl des Militärs als auch der Reichsbeamten, deren Pensions-Verbesserung bekanntlich nicht früher in Kraft treten soll, als bis die obige Frage geregelt ist, äußerst wünschenswert. Die Unzufriedenheit in jenen Kreisen ist eben so groß als begreiflich, da sie gegen die preussischen Beamten jetzt betreffs der Pension ganz unverschuldet zurückgesetzt werden.

Berlin, 17. Oktober. Während der langwierigen, seit einiger Zeit dem Anschein nach völlig ins Stocken gerathenen Vorberatungen über eine neue Militär-Strafprozessordnung ist wiederholt behauptet und bestritten worden, dass der Hauptgrund der Ergebnislosigkeit dieser Verhandlungen in dem Festhalten Baierns an der dort bewährten Öffentlichkeit des Verfahrens liege. Dies ist jetzt indirekt durch eine Erklärung in einem Ausschuss der bairischen Abgeordneten-Kammer bestätigt worden. Der Abg. Dr. Frankenburger konstatirte das Festhalten der bairischen Volksvertretung an der Mündlichkeit und Öffentlichkeit der bairischen Strafprozessordnung und bittet den Kriegsminister, sich hierüber zu äußern, worauf dieser bemerkt, er sei wie sein Herr Vorgänger für das Festhalten daran, obgleich manches vielleicht noch zu wünschen lasse, aber jedenfalls halte er eine Aenderung für nachtheilig, denn es liege kein Beweis dafür vor, dass durch die Öffentlichkeit des Verfahrens die Disziplin geschädigt worden sei.

Verschiedene Zeitungen beschäftigen sich mit „größeren Verschiebungen“ in den „höchsten Kommandostellen“, welche, wie die „Köln. Ztg.“ wissen wollte, in der Armee eintreten sollten. Laut der „Kreuz-Ztg.“ entbehren diese Nachrichten theils der Wahrheit, theils der Genauigkeit. So ist von einem Freiwerden des neunten oder des zehnten Armeekorps hierüber nichts bekannt, da man Grund hat zu glauben, dass bei einer etwaigen Annahme der Wahl zum Regenten von Braunschweig Sr. königliche Hoheit der Prinz Albrecht das Kommando seines Korps weiter führen wird. Dagegen verlautet, dass Generalleutnant Freiherr v. Schleinig (nicht v. Schweinig, wie die Blätter schreiben), Kommandeur der zwölften Division, und Generalleutnant v. Kloeber, Kommandant von Königsberg, den Abschied eingereicht haben, und auch Generalleutnant von Conrad, Gouverneur von Metz, in nächster Zeit in den Ruhestand zu treten beabsichtigt. — Eben so wenig sind die Nachrichten über die militärische Verwendung Sr. L. H. des Erbprinzen von

dem Lande und in den Städten um so hartnäckiger am Kaffeegenuss hängt, je mehr die Armuth die Fülle der Auswahl der Lebensmittel beschränkt, und dass der allerschmalste Tagelohn immer noch in einem Bruchtheil für Kaffee u. d. in einen anderen für Brod und Kartoffel gespalten wird — im Angesichte solcher Thatsachen lässt sich schwerlich die Behauptung rechtfertigen, es sei der Genuss von Kaffee und Thee eine Sache der bloßen Angewohnung. Wir halten es im Eigenthum für höchst wahrscheinlich, um nicht zu sagen gewiss, dass der Instinkt der Menschen in dem Gefühl gewisser Lücken oder gewisser Bedürfnisse des geistigen Lebens in unserer Zeit, welche durch Quantität nicht befriedigt werden können, eben in diesen Erzeugnissen des Pflanzenlebens das wahre Mittel aufgefunden hat, um seiner täglichen Nahrung die erforderliche und vermehrte Beschaffenheit zu geben. Eine jede Substanz in so fern sie Theil an den Lebensprozessen nimmt, wirkt in einer gewissen Weise auf unser Nervensystem, auf die sinnlichen Reizungen und den Willen des Menschen ein. Es giebt keine Getränke, welche in ihrer Zusammensetzung und in gewissen Bestandtheilen mehr Ähnlichkeit mit Fleischbrühe haben als Thee und Kaffee, und es ist wahrscheinlich, dass ihr Gebrauch als Bestandtheil der Nahrung auf der erregenden und belebenden Wirkung beruht, welche diese Getränke mit der Fleischbrühe gemein haben. Das Getränk Thee unterscheidet sich von dem Getränk Kaffee durch seinen Eisen- und Mangangehalt. Wir genießen demnach in dem Thee (von manchen Theesorten insbesondere Pecco und Soukong) ein Getränk, welches den wirkenden Bestandtheil der wirksamen

Baden genau: Wie wir erfahren, wird Höchst-derselbe zur Dienstleistung bei dem fünften bairischen Infanterieregiment Nr. 113 kommandirt werden und in Freiburg seinen dauernden Wohnsitz nehmen.

Die für die Offiziere und Mannschaften nachstehender Reichsschiffe und Reichsfahrzeuge bestimmten Briefe sind bis auf Weiteres zu senden: für die Schiffe „Bismarck“, „Elisabeth“, „Gneisenau“, Kreuzer „Möwe“, Kanonenboot „Gyane“, Tender „Adler“ (Gefährdeter Kon- tre-admiral Knorr) nach Aden, Kreuzerfregatten „Stoß“ und „Prinz Adalbert“ (Gefährdeter Kon- tre-admiral Paschen) nach St. Vincent (Kap Verdische Inseln), Kreuzer „Habsicht“ und Kanonenboot „Cyclop“ nach Kamerun, Kreuzer „Nautilus“ und Kanonenboot „Iltis“ nach Hongkong, Kreuzer „Albatros“ nach Sydney, Kreuzerfregatte „Luise“ bis zum 22. d. nach Bahia, später nach Barbados, St. Thomas, Lagnayra und Haiti, wobei schon die Zeit bis zum 25. Dezember einge- rechnet ist, „Volfo“, „Coreley“ nach Konstantinopel, Dampfer „Nachtigal“ nach Falmouth, Schiffs- jungschiff „Brigg“, „Mosquito“ bis zum 22. d. nach Bahia, vom 23. d. bis 15. Dezember nach Barbados, vom 16. Dezember bis 5. Januar l. J. nach St. Thomas, Westindien, vom 5. Januar Mittags nach Port Royal (Jamaika).

Mit der Ernennung des Kommodore Paschen zum Konteradmiral ist die Zahl der aktiven Admirale auf neun gewachsen: zwei Vize- admirale: Graf v. Monts und v. Wiede und sieben Konteradmirale: Freiherr v. Schleinig, v. Blanc, Frhr. v. Reibitz, Frhr. v. d. Goltz, Knorr, Pirner und Paschen. Die Meinung, dass die Beförderung von Kommodore Paschen auf die besondere Verwendung des Reichskanzlers hin erfolgt sei, soll der „Voss. Ztg.“ zufolge unbegrün- det sein. Konteradmiral Paschen war der älteste Kapitän zur See; er war gleichzeitig mit dem jetzigen Ober-Verbindungs-Direktor in Danzig, Kon- teradmiral Pirner, am 17. Dezember 1878 zum Kapitän zur See ernannt worden. Pirner erhielt seine Ernennung zum Konteradmiral bereits im Anfang dieses Jahres und es war längst bekannt, dass Kommodore Paschen als Admiral zurücktreten würde. Kapitän Paschen wurde, als Freiherr v. d. Goltz bald nach dem Rücktritte des Herrn v. Stoß zum Direktor in der Admiralität ernannt wurde, sein Nachfolger als Chef auf der ostasiatischen Station, wurde dann im Frühjahr zum Chef des australischen Kreuzergeschwaders ernannt, welches aber nur eine sehr kurze Lebens- dauer gehabt hat. Die Flotte von Zanzibar hat Kommodore Paschen nur bis zur Ankunft der

Mineralquellen enthält, und so gering auch die Menge Eisen sein mag, die man täglich darin zu sich nimmt, so kann dieselbe auf die vitalen Vor- gänge nicht ohne Einfluss sein. Nach der dar- auf folgenden Analyse enthalten die Aschenbe- standtheile

	des Theeaufgusses (Soukongthee)	des Kaffeeabgusses (Java-kaffee)
Eisenoryd	3.29	0.25
Manganoryd	0.71	0.00

und es ist weiter bemerkt, dass ein Theeaufguss von 70 Gramm Peccothee 0.104 Gr. Eisenoryd und 0.20 Gr. Manganoryd enthält. Hiernach ist es leicht ersichtlich, welche günstige Wirkung der tägliche Genuss von Thee, namentlich für Blutmangel und Bleichsucht, haben muss, da er dem Blute Eisen zuführt, und daraus dürfte auch vielleicht der Umstand zu erklären sein, dass in England, wo der Thee zu den täglichen Nah- rungsmitteln gehört, die Bleichsucht der jungen Mädchen weit seltener als bei uns vorkommt.

Neue Vorrichtung zur Aus- nung der Sonnenwärme. Tellier hat vor einiger Zeit der Pariser Akademie der Wissenschaften über einen neuen, sehr sinnreichen Versuch berichtet, um die Sonnenwärme in Arbeit umzusetzen und zum Treiben kleiner Maschinen, Pumpen u. d. zu verwenden. Das nach Süden gewendete flache Dach eines Hauses oder Schup- pens wird aus flachen, wasserdicht geschlossenen Blechkästen gebildet, deren hohlen Raum man mit Ammoniaklösung füllt. Unter der Einwirkung der bloßen Tageswärme, wobei nicht einmal die Sonne unmittelbar zu scheinen braucht, entwickeln sich

Kreuzerfregatte „Bismarck“ befehligt, dann über- nahm Konteradmiral v. Knorr das Kommando über das ostafrikanische Geschwader, welches jetzt aus den Kreuzerfregatten „Bismarck“, „Elisabeth“, „Gneisenau“, dem Kreuzer „Möwe“, dem Kanonenboot „Gyane“ und dem Tender „Adler“ be- steht und sich kürzlich nach Aden begeben hat, während Konteradmiral Paschen mit den Kreuzer- fregatten „Stoß“ und „Prinz Adalbert“, dem Kreuzer „Habsicht“ und dem Kanonenboot „Cyclop“ nach Kamerun unterwegs ist. Die beiden ältesten Kapitäne zur See sind jetzt Herr v. Kall, der Inspektor der 2. Marine-Inspektion und Kom- modore Stenzel, Chef des nordatlantischen Schül- geschwaders.

Die Ausweisungen österreichischer Staats- angehöriger aus Preußen sind heute im österreichi- schen Abgeordnetenhaus zur Sprache gekommen. Ein Wiener Privattelegramm meldet dem „N. Z.“ darüber:

„Graf Taaffe beantwortete soeben im Abge- ordnetenhaus die Interpellation über die Auswei- sungen aus Preußen. Mit tiefem Bedauern habe die Regierung von dieser Maßregel und von der Nothlage der Ausgewiesenen Kenntniss erhalten. Die Regierung wandte sich sofort an die preussische Regierung um Auskünfte, welche dahin lau- ten, die preussische Regierung betrachte die Aus- weisungen als eine durch die Verschlebung kon- fessioneller und sprachlicher Verhältnisse hervor- gerufene interne Maßregel. (Hört, hört!) Bei diesem Standpunkte der preussischen Regierung er- warte die österreichische Regierung von der Be- rufung auf das Völkerrecht und den Handelsver- trag keinen Erfolg. Sie könne daher keine wei- teren Schritte unternehmen; in einzelnen Fällen jedoch verwende sich die Regierung und finde sie bei der preussischen Regierung Entgegenkommen. Uebrigens würden die Ausgewiesenen hier mög- lichst unterstützt. Die Kundgebung wurde still- schweigend aufgenommen.“

Aus der Erklärung des Grafen Taaffe geht hervor, dass die österreichische Regierung zwar einen schwachen Versuch gemacht hat, auf die Ein- schränkung der preussischen Maßregel hinzuwirken, dass sie aber sofort nach dem Scheitern des ersten Versuches jede weitere Unterhandlung aufgegeben hat.

Wie die Wiener „Presse“ meldet, berief das Ministerium des Auswärtigen die österreichi- schen und ungarischen Zollkonferenz zum 22. Oktober ein, um die Instruktionen für die Handelsvertrags- Verhandlungen mit der Türkei festzustellen.

Die Frage, wie weit die von der deutsch- afrikanischen Gesellschaft erworbenen Gebiete un-

aus dem Ammoniak Dämpfe, welche durch Röhren in einen eigenthümlich gebauten Behälter geleitet werden, wo sie auf eine Membran einen Druck ausüben; damit ist die Kraft zur mechanischen Arbeitsleistung gewonnen, und dieselbe kann durch geeignete Uebertragung mannigfach nutzbar ge- macht werden. Die Dämpfe werden nach Erfor- derniss verdichtet und die so gewonnene Ammoniak- lösung wieder in die Blechkästen des Daches ge- schickt. Zu bemerken ist, dass derartige „Sonnen- kraftmaschinen“ in unseren Breiten immer nur einen geringen Nutzwert haben; anders stellt sich die Sache in heißen südländischen Ländern, namentlich in solchen, die sich durch anhaltenden Sonnenschein auszeichnen, wie z. B. Algerien. Dort können in der That ähnliche Maschinen mit dem gleichen oder sogar besserem Erfolge angewendet werden, wie bei uns die bekannten Windräder.

Cocain bei Brandwunden. Nach Dr. Weiss bewährt sich das Cocain (das Alkaloid der vielbenutzten Cocapflanze) auch bei Brand- wunden ganz vorzüglich als schmerzstillendes Mit- tel. Der Genannte bekam einen Fall zur Be- handlung, wo das ganze Gesicht durch Dampf verbrüht war; er wendete die bekannte Mischung von Eiskalt und Kaltwasser nebst einer zweipro- zentigen Lösung von Cocainum muriaticum an und kaum waren die verbrühten Stellen mittelst eines Pinsels damit bestrichen, als auch der Schmerz entwich und nicht wiederkehrte. Jedenfalls wären weitere fachmännische Versuche in der angegebenen Richtung wünschenswert.

## Feuilleton.

### Allerlei.

(Liebig über Thee- und Kaffeegenuss.) Bei der heranannahenden Winterzeit finden wir den folgenden Artikel in der „D. N.-B.“ wieder sehr zeitgemäß. In seinen „Chemischen Briefen“ be- handelt Justus von Liebig auch die animalische und vegetabilische Nahrung, so wie die Wirkungen derselben in Beziehung auf die körperlichen und geistigen Funktionen des Menschen, und kommt dabei unter Anderem auch auf den Thee und den Kaffee und deren Wirkungen auf den Lebensprozess zu sprechen. Bei dem großen Einfluss, welchen diese Nahrungs- und Genussmittel einestheils auf unseren Körper, anderentheils auf unsern Haushalt ausüben, indem ja bekanntlich der Kaffee zu un- serer täglichen und somit unentbehrlichen Nah- rungsmitteln gehört, und auch der Thee, dem seine nützlichen und angenehmen Eigenschaften bei un- serer Galtung verschaffen, immer mehr Eingang in un- seren Familien findet dürfte es nicht uninteressant sein, wenn wir in Kürze die Ansicht des großen Chemikers über diese Getränke und ihre Wirkungen mittheilen. Wenn man in Erwägung zieht, sagt Liebig, dass in Europa und Amerika über achtzig Millionen Pfund Thee und im Zollverein über 60 Millionen Pfund Kaffee jährlich verbraucht werden, dass in England und Amerika der Thee einen Bestandtheil der täglichen Lebensordnung des geringsten Mannes, so wie des reichsten Grund- adelns ausmacht, dass in Deutschland das Volk auf



der der Souveränität des Sultans von Zam-  
bar stehen, ist noch nicht erledigt, wie sich  
aus folgenden Bemerkungen der „Kolonialpol.  
Korresp.“ ergibt:

Freilich noch ist nicht jede der hier charak-  
teristischen Landschaften unter die Oberhoheit des  
deutschen Reiches gestellt worden. Indes, wenn  
wir vom Standpunkt unseres Nationalstolzes aus  
wünschen und hoffen, daß die Gesellschaftsflagge  
aller Orten, wo sie weht, nur die schwarz-weiß-  
rothe Flagge als alleinberechtigt neben sich findet,  
so ist diese Frage für die eigentliche Kulturarbeit  
der Gesellschaft doch nicht mehr von einer prin-  
zipiellen Bedeutung. Mag an gewissen Punkten  
auch die Oberhoheit des Sultans von Zambar  
anerkannt werden müssen; die Hoheitsrechte ge-  
hören ja der Gesellschaft doch auf Grund von  
Verträgen mit eingeborenen Fürsten, welche auf  
ihrem eigenen Recht ständen, und eine deutsche  
Macht sind wir auf jeden Fall, da die Zentral-  
landschaften, wie die Unterjochung über die an-  
deren Provinzen auch ausfallen mag, unter der Ober-  
hoheit des deutschen Reiches stehen. An den wirth-  
schaftlichen Arbeiten der Gesellschaft kann demnach  
die noch schwebende Frage, welche ausschließ-  
lich eine Angelegenheit zwischen dem deutschen Reich  
und dem Sultan von Zambar ist, gar nichts mehr  
ändern, und in diesem Sinne ist die Zambar-  
frage für uns als Gesellschaft, namentlich zum Abschluß  
gekommen. Wonach wir streben werden, das ist  
ein möglichst freundschaftliches Verhältniß mit al-  
len unsern Nachbarn, speziell mit dem Sultan von  
Zambar herzustellen, gleichviel, ob er an einigen  
Punkten unsern Suzerän bleibt, oder ob wir ihm  
auf unserm ganzen Gebiet als deutscher Schutz-  
staat völlerrechtlich ebenbürtig gegenüberstehen.

Ueber die Vorgänge im Orient ist heute  
im Laufe des Vormittags nur eine einzige Depes-  
che eingeetroffen; sie lautet:

Risch, 16. Oktober. (Telegramm der  
„Agence Havas“.) Die Nachricht, daß ein Theil  
der jerbischen Truppen gestern die bulgarische  
Grenze überschritten habe, ist völlig unbegründet.  
Wie verlautet, wird sich der König morgen nach  
Beröfentlichung eines Manifestes nach Bitol, an  
der bulgarischen Grenze, begeben.

Im Ganzen ist das Aussehen der Lage heute,  
nachdem die zuerst von dem „Journal de St.  
Petersbourg“ proklamirte Konferenzidee auch von  
Wien her Befürwortung gefunden, eine ruhigere,  
als in den letzten Tagen. Will man die orien-  
talische Frage, die übrigens nie wieder ganz von  
der Tagesordnung verschwinden dürfte, in ein  
ruhigeres Geleise bringen, so müssen die Mächte  
ein viel umfassenderes Programm als die Willen-  
gung der bulgarisch-österreichischen Frage auf die  
Tagesordnung der Völkervereinbarungen setzen,  
hierzur ist allerdings die Form einer Völkerver-  
einbarung notwendig. Der letzte von Vorklar  
Frieden ebenfalls schon sprechende Zustand in Ma-  
kedonien darf nicht besser als bleiben, wenn die Be-  
legung des jetzigen Konfliktes eine mehr als vor-  
übergehende Bedeutung haben soll.

Die in Agram erscheinende „Soboda“ er-  
hält von ihrem philippopolitischen Korrespondenten nach-  
stehende ihm vom Präsidenten der provisorischen  
Regierung in Philippopol, Dr. Straneky, gemachte  
Mittheilungen:

Die Völkervereinbarung in Konstantinopel  
hatte keinen Erfolg. In den zwischen Österreich-  
Ungarn und Rußland schwebenden Fragen ist noch  
keine Einigkeit erzielt worden. Die Türkei ver-  
langt eine Beschleunigung der Entscheidung bul-  
garischen erklärte schon früher, daß die Mobilis-  
rungskosten die Bestimmung des Tributs erschwe-  
ren, weshalb die Entscheidung der Vereinigungs-  
frage, in welcher Richtung immer, unbedingt not-  
wendig ist. Serbien hat bisher gegenüber Bul-  
garien sich noch gar nicht erklärt. Es ist voll-  
ständig unwahr, daß vier jerbische Regimenter die  
Grenze überschritten; ebenso auch die Pariser Mit-  
theilung, daß Serbien gegen Albanien und Ro-  
manien marschiere. In Bulgarien wurde die Ruhe  
noch nirgends gestört. An der vollständigen As-  
similierung Südbulgariens mit Nordbulgarien wird  
eifrig gearbeitet, und werden dadurch die großen  
Aufgaben, die eine Hauptursache des Aufstandes  
bildeten, beseitigt werden. Hier herrscht fortwäh-  
rend eine begeisterte Stimmung. Alle entgegen-  
gesetzten Nachrichten sind tendenziöse Erfindungen.

Ueber eine Unterredung mit Dr. Straneky  
berichtet dem „Berl. Tagbl.“ ein Telegramm eines  
bulgarischen Korrespondenten:

Ich hatte schon eine anderthalbstündige Un-  
terredung mit Dr. Straneky über die politische  
Lage. Straneky sagte mir, Bulgarien ist vorge-  
kriegsbereit, werde aber nicht die Offensive er-  
greifen, so lange es nicht provoziert werde. Vor  
Allem müsse sich Serbien klar aussprechen event.  
abdrücken.

Bulgarien werde Serbien nicht dessen Rechte  
auf das von Serben bewohnte Alt-Serbien be-  
streiten, aber auch nicht zugeden, daß man, wie  
1878, von Bulgarien bewohnte Gegenden zu Ser-  
bien geschlagen werden, ebenso erhebe Bulgarien  
durchaus keine Ansprüche auf die von Griechen be-  
wohnten Landstriche, es werde aber eventuelle grie-  
chische Ansprüche auf bulgarische Distrikte entschie-  
den zurückweisen. Es hänge Alles bloß von Serbien  
und Griechenland ab. Eine Erhebung dieser  
Länder würde die Mächte vielleicht zur Interven-  
tion zwingen, zwischen diesen Unstimmigkeiten her-  
vorbringen und dadurch den Anlaß zu einem  
europäischen Kriege geben. Jene Mächte, welche  
daher sich den bulgarischen Bestrebungen gegen-  
über feindselig verhalten, laden dadurch eine  
schwere Verantwortlichkeit auf sich. Bulgarien,  
welches für die Union bereits schwere Geldopfer

gebracht und hunderttausend Mann unter den  
Waffen stehen habe, könne unmöglich zurückweichen  
ohne das äußerste Gezwang zu haben. Die Mei-  
nung anderer Korrespondenten, man habe die Ge-  
fängnisse geöffnet und die Insassen in die Armeen  
eingereiht, ist falsch und rührt wahrscheinlich da-  
her, daß einige Gefangene begnadigt wurden.  
Bulgarien begreife vollkommen, daß das Vorgehen  
aller Balkanstaaten für jeden derselben vom größ-  
ten Vortheil sei und ihnen die Unabhängigkeit von  
anderen Mächten sichere. Es sei daher wün-  
schenswerth, daß die übrigen Balkanstaaten ihren  
Vortheil begreifen und sich mit einander verbün-  
den, statt sich anzusehen. Man könne trotz der  
gegenwärtig leider herrschenden Rivalität sich leicht  
verständigen, wenn alle Balkanstaaten ihren An-  
sprüchen ethnographische Grenzen zu Grunde leg-  
ten. Noch hoffe er auf eine friedliche Lösung,  
weil die Türkei und die Großmächte sich sagen  
müssen, daß Jos bei einer baldigen Anerkennung  
der bulgarischen Ansprüche der Friede Europas er-  
halten bleiben könne. Sollte die Türkei dies nicht  
thun, so wäre der Krieg unvermeidlich, da die  
Bereinigung beider Völkern für beide Länder  
eine Lebensfrage sei. Ein von Bulgarien ein-  
geleiteter Krieg würde jedoch wahrscheinlich auch  
Serbien und Griechenland zur Aktion veran-  
lassen.

Der englisch-birmanische Konflikt spitzt  
sich rasch zur Entscheidung zu. England will die  
günstige Gelegenheit, welche ihm Frankreichs in-  
nere Schwierigkeiten und der Groll Chinas gegen  
die letztere Macht gewährt, nicht ungenutzt vor-  
übergehen lassen. Die „Times“ veröffentlicht,  
wie von heute aus London telegraphirt wird, be-  
reits ein von der indischen Regierung formulirtes  
Ultimatum an den König von Birma; dasselbe  
verlangt, der König solle den Abgesandten des  
Oberkommissars von Britisch-Birma ehrenvoll em-  
pfangen und alle Maßregeln gegen die Bombay-  
Birma Handelskompanie einstellen lassen, bis der  
Abgesandte den Streit zwischen der Kompanie  
u. d. der birmanischen Regierung untersucht haben  
werde. Würden diese zwei Punkte nicht zuge-  
standen, so werde eine Aktion gegen Oberbirma  
sofort ohne weitere Ankündigung erfolgen. Drit-  
tens wird gefordert, der König solle die Nieder-  
lassung eines ständigen britischen Agenten in Man-  
dalay mit einer Schutztruppe gestatten.

Dem König wird also einfach die Wahl  
zwischen freiwilliger Anerkennung des britischen  
Protektorats und gewaltsamer Unterwerfung ge-  
lassen.

#### Ausland.

Paris, 15. Oktober. Die Regierung hat  
angesichts der bevorstehenden Stichwahlen die  
strengsten Verfügungen erlassen. So sind die  
Gerichtsbehörden angewiesen worden, gegen die  
Leutanten, welche sich Drohungen oder Einschüch-  
terungen zu Schulden kommen ließen, gerichtlich ein-  
zugreifen. Die Bürgermeister, die sich an den  
ungesetzten Kundgebungen der Reaktion betheil-  
igten — es sind ungefähr 50 — wurden abge-  
setzt und die Präfecten erhielten auf telegraphischem  
Wege folgende Befehle:

Aus dem Departements, wo eine zweite Ab-  
stimmung stattfinden hat, wird mir von Rufen  
der monarchischen Parteien berichtet. Ihre Pflicht  
und die aller Beamten ist, der Regierung Treue  
zu bewahren. Beruhigen Sie die, welche Furcht  
haben und erklären Sie, daß nur die etwas zu  
fürchten haben, welche ihre Pflicht verlassen. Un-  
terdrücken Sie jeden Fehler, jede Nachlässigkeit;  
Sie werden von mir und meinen Aufsehern  
untersucht werden. Erklären Sie mir über die  
Eingekommenen Bericht. Widerlegen Sie durch alle  
Ihnen zu Gebote stehenden Mittel die falschen  
Nachrichten, welche man über Lozire und andere  
Fragen verbreitet. Befolgen Sie die Frei-  
heit der Wähler gegen die Einschüchterungs-  
Versuche.

Paris, 16. Oktober. Der „Moniteur Belge“  
dementirt nunmehr die Nachricht, nach welcher Kö-  
nig Leopold den Grafen von Paris wegen des  
Ausfalles der französischen Deputirtenwahlen be-  
glückwünscht haben soll. Deutsche Zeitungen hat-  
ten sogar gemeldet, die Kaiserin von Rußland  
habe von Kopenhagen aus an die Gräfin von  
Paris einen telegraphischen Glückwunsch aus An-  
laß des Ausfalles der Wahlen gerichtet, was wohl  
als ein „comble“ bezeichnet werden darf. Von  
der Opposition werden Nachrichten verbreitet, laut  
welchen die von dem französischen Oberkomman-  
danten in London, de Courcy, verlangten Ver-  
stärkungen in Höhe von 8500 Mann angeblich  
schon organisiert werden sollen. Diese Meldungen  
haben natürlich bei der Bevölkerung große Auf-  
regung hervorgerufen, so daß die Befürchtung ent-  
standen mußte jene könnten von Einfluß auf die  
Stichwahlen sein. Auf Befehl des Ministers des  
Jahren müssen daher die Präfecten mit allen ih-  
nen zu Gebote stehenden Mitteln der Publizität  
die erwähnten Nachrichten dementiren und erklä-  
ren, daß es sich nur um die Absendung von Er-  
satzmannschaften handle. Der Einbruch jener Nach-  
richten wird aber schwerlich vermieden werden, zu-  
mal der Kriegsminister, General Campenon, die  
für Kontinua bestimmten Truppen mit solcher Eile  
ausgehen ließ, daß die Allarmgerüchte glaubwür-  
dig erscheinen mußten. Der Kriegsminister soll  
den Versuch einer partiellen Mobilmachung bezweckt  
haben.

#### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. Oktober. Aus Anlaß einer  
Beschwerde hat der Minister des Innern die  
Frage, ob ein mit Funktionen in den städtischen

Verwaltungs-Deputationen betrauter stimmungsfähiger  
Bürger zur Uebernahme der Stelle eines unbesol-  
deten Magistratsmitgliedes verpflichtet ist, oder ob  
er sich darauf berufen könne, daß er bereits eine  
unbesoldete Stellung in der Gemeindeverwaltung  
besitze und deshalb in Ansehung der Verpflich-  
tung zur Uebernahme der neuen Stelle als ent-  
schuldig anzusehen sei, eingehende Ermittlungen  
vornehmen lassen, welche zu dem Ergebnis geführt  
haben, daß durch die bisherige Praxis ein be-  
stimmter Grundsatz in Betreff jener Frage sich  
nicht herausgebildet hat. Die Mehrzahl der gut-  
achtlichen Äußerungen der Oberpräsidenten und  
Regierungspräsidenten neigt sich jedoch der letz-  
ten Alternative zu. Entsprechend dürfte sein, daß,  
wie auch die Justizverwaltung anerkannt hat, die städti-  
schen Verwaltungsdeputationen sich als öffentliche  
Behörden darstellen, daß ein stimmungsfähiger Bürger,  
welcher Mitglied einer solchen Deputation ist, die  
durch den § 74 der Städteordnung begründete  
Verpflichtung zur Uebernahme einer unbesoldeten  
Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Vertretung  
erfüllt, und daß das Gesetz eine Verpflichtung  
zur gleichzeitigen Uebernahme mehrerer ver-  
traglicher Stellen nicht vorschreibt. Der betreffende  
Gemeindeglieder hat also nicht einmal nöthig, sich  
auf den Entschuldigungsgrund aus § 74 des  
Absatzes 2 jenes § 74 zu berufen. Eventuell  
trifft aber auch die letztere Gesichtspunkte zu. Denn  
nach derselben braucht der zu einer unbesoldeten  
Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Ver-  
tretung gewählte Bürger diese nicht anzunehmen,  
wenn er schon ein anderes öffentliches Amt be-  
kleidet. Da die Mitgliedschaft in einer Verwal-  
tungs-Deputation als öffentliches Amt anerkannt  
ist, so befreit dieselbe von der Uebernahme einer  
neuen unbesoldeten Stelle in der städtischen Ver-  
waltung. Mit dem Ausdruck „öffentliches Amt“  
konnte nicht etwa nur ein unmittelbares Staats-  
amt gemeint sein, denn sonst hätte es bestimmt  
ausgesprochen werden müssen, wie dies beispiels-  
weise aus § 8 der Kreisordnung folgt. Neben-  
bei kommt in Betracht, daß die städtischen Be-  
hörden nach § 75 der Städteordnung stets in der  
Lage sind, einen als Mitglied einer Verwaltungs-  
Deputation fungirenden Bürger von diesem Amte  
zu entbinden und ihn dadurch in die Nothwendig-  
keit zu versetzen, die Stelle eines unbesoldeten  
Magistratsmitgliedes anzunehmen, wenn er nicht  
eventuell bei § 74 angeführten Nachtheile ge-  
wärtigen will.

Die Generalsynode verhandelte heute über  
den Beschluß der pommerschen Provinzialsynode,  
betr. die Abänderung des § 6 der Generalsyno-  
dal-Ordnung. Der Antrag des Referenten von  
Kleist-Resow dazu wird angenommen.

In der Woche vom 11. bis 17. Oktober  
wurden in hiesiger Volkshaus 2105 Portionen  
verabreicht.

#### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater:  
„Die Summe von Porci“. Große Oper in 5  
Akten. Belle Vue Theater: „Die Tochter  
der Hölle“. Lustspiel in 5 Akten. Hierauf:  
„Müller und Müller“. Lustspiel in 2 Akten.  
Montag: Stadttheater: „Der Hütten-  
besitzer“.

#### Aus den Provinzen.

3 Wittow, 16. Oktober. Die diesjährigen  
Herbst-Kontrollveranlassungen im Kreis Wittow  
finden statt. In Jassen am 2. November, Vor-  
mittags 9 Uhr, in Borntun am selbigen Tage,  
Nachmittags 3 Uhr, in Wittow am 3. November, Vor-  
mittags 10 Uhr, in Störup am 4. November,  
Vormittags 9 Uhr, und in Groß Tuchen am sel-  
bigen Tage, Nachmittags 3 Uhr. — Der Herr  
Minister der geistlichen u. Angelegenheiten hat  
dem praktischen Arzt Herrn Dr. Simon hierseits  
die kommissarische Verwaltung der hiesigen Kreis-  
wundärztlichen auf ein feineres Jahr übertragen.  
— Die Theater-Gesellschaft der Herren E. Hoff-  
mann und Sohn wird, von Berent aus hier ein-  
treffend, am Mittwoch, den 21. Oktober er, die  
erste Vorstellung geben. — Am 10. d. Mts. ist  
in Lubben, Kreis Rummelsburg, eine Telegraphen-  
Betriebsstelle mit Fernsprecher in Verbindung mit  
der Postanstalt eröffnet worden.

#### Entscheidungen deutscher Gerichtshöfe.

Nach den neuesten Zeitschriften und Sammlungen.  
Trägt der Verkäufer die Transportgefahr  
nach Art. 345 Abs. 2 H. G. B., so endet seine  
Haftung nicht schon mit der Anfuhr der Waare  
an der Station des Bestimmungsortes, sondern  
erst mit der Erfüllung des Frachtkontrahes durch  
Ablieferung oder doch Vereinstellung der Waare  
durch den Empfänger. U. 2. Zwischen Reichsger.  
15. Mai 1885.

Der an einen Kommissionsärz (Bankier) er-  
haltene Auftrag dahin, daß er Vorkauf zum Kurs  
von x bis y Markt veranlaßt, ist dahin zu ver-  
stehen, daß derselbe ermächtigt wurde, zum Kurs  
von x Markt zu veranlassen, daß es aber seinem  
Ermessen überlassen bleibt, ob er zu diesem über-  
erst zu dem höheren Kurs bis y Markt veranlassen  
wolle. Nur wenn dieser letztere Kurs erreicht  
worden wäre, würde ihm daher ein Vorwurf we-  
gen der Nichtausführung des ihm erteilten Auf-  
trages zu machen sein. U. D. L. G. zu Hamburg  
vom 9. Dez. 1884.

Bei einem als resolutus bedingtes Geschäft  
abgeschlossen Kauf auf Probe ist dem Käufer  
zum Rücktritt noch ein durch richterliche Ermessen  
festzusetzende billige Maßtheil zu gewähren. U.  
D. L. G. Hamburg v. 13. April 1885.  
Annahmeverzug des Käufers durch Annahme-  
verweigerung vor der Lieferung berechtigt den

Käufer noch nicht zum Rücktritt vom Vertrage.  
U. D. L. G. Karlsruhe v. 17. Oktober 1884.

Die Vorschriften über Birgenschaften sind auf  
sowohl bei oder nach Vertragsabschluß zu erfüllende  
Geschäfte unanwendbar. U. D. L. G. Karlsruhe  
vom 16. Mai 1884.

#### Bemerkte Nachrichten.

— (Glückliches Ende eines Romans.) Pa-  
riser Blätter berichten, daß am 8. d. M. in Pa-  
ris die eheliche Verbindung des Prinzen Mar-  
ton Karl v. Hohenlohe-Dehringen, des fünften  
Sohnes des Fürsten Hugo v. Hohenlohe, mit der  
Gräfin Marie v. Imécourt stattgefunden hat.  
Damit ist ein Roman zum Abschluß gebracht, der  
vor einigen Jahren in Paris und London nicht  
geringem Aufsehen erregte. Musurus Bey, ein  
junger, durch männliche Schönheit hervorragender  
Griech, Sohn des türkischen Gesandten in Lon-  
don, hatte zu Anfang des Jahres 1880 das da-  
mals kaum sechzehnjährige Fräulein von Imécourt,  
das er in den Pariser Salons kennen gelernt, be-  
wogen, sich mit ihm heimlich nach London zu be-  
geben, wo sich das Paar durch einen englischen  
Geistlichen trauen ließ. Auf Zureden ihrer Ver-  
wandten kehrte die junge Frau nach einiger Zeit  
nach Frankreich zurück, um nachträglich von ihrer  
Mutter die Erlaubnis zu ihrer Verbindung zu  
erbitten. Doch die Gräfin Imécourt, eine  
Schwester des durch seine „Energie“ gegen die  
Kommunisten bekannten Generals Gallifet, des  
Freundes Gambettas, ließ ihre Tochter kurzerhand  
in ein Kloster bringen und reichte zugleich die  
Klage auf Ungültigkeitserklärung der wider ihren  
Willen geschlossenen Ehe ein. Musurus Bey klagte  
andererseits auf Herausgabe seiner Frau, deren  
Aufenthaltort er nicht einmal in Erfahrung brin-  
gen konnte, und am 15. Oktober 1881 begannen  
vor dem Pariser Gericht die Verhandlungen, die  
unter Anderm die für den Griechen nicht eben er-  
wünschte Thatsache zur Sprache brachten, daß er  
nicht das geringste Vermögen besaß, während Ma-  
rie v. Imécourt zu den reichsten Erblinden zählt,  
und daß er seinerzeit das junge Mädchen mit  
Häufige ihrer früheren Gouvernante zur Flucht be-  
redet hatte. Der Prozeß endigte mit der Ungül-  
tigkeitsklärung der Ehe; seitens der Kirche war  
schon vorher derselbe Spruch ergangen. Musurus  
Bey verschwand aus Paris, nachdem alle seine  
Anstrengungen den Aufenthalt seiner Frau zu er-  
fahren, vergeblich geblieben waren, und man hörte  
lange nichts von ihm, bis im Juni 1884 die  
englischen Zeitungen berichteten, daß er sich in  
Alexandrien mit einem Fräulein Antoniadis, der  
ebenfalls schönen wie reiche Tochter eines griechi-  
schen Kaufmannes, verlobt habe. Diese wird er  
inzwischen wohl heimgeführt haben. Prinz Mar-  
v. Hohenlohe, der jetzige Gemahl der Komtesse  
Imécourt, ist am 2. März 1860 auf Schloß  
Slawentz bei Rosel geboren.

Sobornheim, 13. Oktober. Dieser  
Tage wurde ein umherziehender Israelit beim  
Teteln hier betroffen und in das Amtsgericht ge-  
fänglich gebracht, welcher ein Vermögen von über  
20,000 Mark, theils in Staatspapieren, theils in  
Baar, bei sich trug. Gestern wurde derselbe nun  
in Anbetracht seines hohen Vermögens zu 6  
Wochen Haft und Tragung der Kosten ver-  
urtheilt.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

#### Telegraphische Depeschen.

Potsdam, 17. Oktober. Der Kronprinz  
und die Frau Kronprinzessin sind mit den Prin-  
zessinnen und Gefolge im besten Wohlsein um 10  
Uhr 8 Minuten auf Station Wildpark eingetrof-  
fen und haben sich zu Fuß nach dem Neuen Pa-  
lais begeben. Zur Begrüßung auf dem Bahnhofs-  
waren die Frau Prinzessin Wilhelm, Prinz Hein-  
rich und Herzog Günther zu Schleswig-Holstein  
anwesend. Der Prinz Wilhelm war in Folge  
einer unerheblichen Verletzung bei der gestrigen  
Barforce Jagd durch einen herabhängenden Zweig  
am Erscheinen verhindert.

Baden-Baden, 16. Oktober. Der Kaiser  
war heute zum Dejeuner im großherzoglichen  
Schloß, machte sodann eine Spazierfahrt und  
folgte um 5 1/2 Uhr einer Einladung zum Diner  
bei den großherzoglichen Herrschaften, an welchem  
auch der Großherzog und die Großherzogin von  
Medienburg-Schwerin theilnahmen. Abends  
wohnte der Kaiser dem Konzert im Kurhaus bei  
und nahm später den Thee bei der Kaiserin ein.

Wien, 17. Oktober. Der „Pest Lloyd“  
berichtet, daß Fürst Alexander von den revolutionä-  
ren Vorbereitungen in Philippopol Kenntniß  
hatte und mit Oers in Franzensbad über die  
Eventualität einer bulgarischen Union Rücksprache  
genommen habe. Auch habe der Bulgarenfürst  
auf seiner Frühjahrsreise in London viele Auf-  
merksamkeit gefunden. Die ungarische Delegation  
wird darüber bestimmte Anstaltungen verlangen.

Wien, 17. Oktober. Wie die „Presse“  
meldet, berief das Ministerium des Innern die  
österreichisch-ungarische Zollkonferenz zum 22. Di-  
tenber ein um die Instruktionen für die Dan-  
dislovertags-Verhandlungen mit der Türkei festzu-  
stellen.

Kopenhagen, 17. Oktober. Prinz Walde-  
mar ist gestern Abend nach Paris abgereist; die  
Königin, der Kronprinz und die Kronprinzessin  
werden morgen, Sonntag, dort hie folgen. Der  
Kaiser und die Kaiserin von Rußland gedenken  
ebenfalls morgen Nachmittag abzureisen.

Paris, 17. Oktober. Die Handelskammer  
in Tunis erklärt alle Nachrichten von Cholera-  
ausbreitungen und Todesfällen in Folge der  
Cholera in Tunis für vollständig unwahr.